



IG Medien Bayern

R A S C H ...

... möchte Kanzler Schröder die Renten„reform“ verabschiedet sehen. Die erste Lesung im Bundestag hat bereits stattgefunden. Was will uns diese „Reform“ bescheren, mit der Kanzler Schröder bei der deutschen Wirtschaft Punkte sammeln will und deshalb betont, die Regierung packe hier ein weiteres heißes Eisen an, vor dem sich die Vorgängerregierung Kohl jahrelang gedrückt habe?

Es hört sich zunächst gut an, wenn Minister Riester die Beiträge zur Rentenversicherung auf unter 20 % bis zum Jahr 2020 halten und bis 2030 nicht über 22 % steigen lassen will. Tatsächlich aber sollen die Beiträge der Beschäftigten steigen und die der Arbeitgeber im Verhältnis dazu sinken. Seit 111 Jahren tragen Arbeitgeber und Arbeitnehmer jeweils 50 % der Beiträge für die Rentenversicherung. Diese paritätische Finanzierung soll nun zugunsten der Arbeitgeber abgeschafft werden.

Man rechnet uns vor, daß die Beiträge von heute 19,3 % bis 2030 auf 23,6 % klettern müßten, um ein Nettorentenniveau von rund 69 % (ab 2002) beizubehalten. Demnach müßten im Jahr 2030 Arbeitgeber und Arbeitnehmer jeweils 11,8 % zahlen. Da man aber eben die Beiträge nicht über 22 % steigen lassen will, und da man auch schon wissen will, daß sich die Lebenserwartung in den nächsten 30 Jahren um etwa zwei Jahre erhöhen wird, soll „das Leistungsniveau auch für die künftigen Rentnerinnen und Rentner auf einem angemessenen Standard“ gehalten werden. So liest es sich bei Riester, wenn die Renten wieder einmal ordentlich gekürzt werden sollen und zwar von heute ca. 70,7 % auf ca. 61 % im Jahr 2030, mittels neuer Renten Anpassungsformel und jährlichen Abschlägen von 0,3 % für Neurentner ab dem Jahr 2011. (Neuere Überlegungen gehen dahin, die Rente für die heute Jüngeren nicht so stark abzusenken, indem

man – das Wort „Gerechtigkeit“ für das Üble mißbrauchend – die heute Älteren mehr belastet.) Damit wir trotz sinkender Renten überleben können (die tatsächliche Durchschnittsrente beträgt schon heute nur ca. 1800 DM für Männer und ca. 900 DM für Frauen), sollen wir uns privat versichern – beginnend im Jahr 2002 mit 1 %, ansteigend auf 4 % bis 2008.

„Gerade die Jungen sind auf langfristig stabile Beiträge angewiesen“, ließ das Riester-Ministerium verlauten. Damit die Jungen also im Jahr 2030 nicht

SPD-Wahlprogramm 1998:

„Die Kürzung des Rentenniveaus würde viele Rentnerinnen und Rentner zu Sozialhilfeempfängern machen.

Bei Frauenrenten von durchschnittlich 900 Mark im Monat wird dies besonders deutlich. So darf man mit Menschen, die ein Leben lang hart gearbeitet haben, nicht umgehen.

Die SPD-geführte Bundesregierung wird die unsoziale Rentenpolitik unmittelbar nach der Bundestagswahl korrigieren.“

11,8 % Rentenbeiträge zahlen müssen, dürfen sie dann $11 + 4 = 15$ % aufbringen, die Arbeitgeber hingegen 11%! Eine andere Rechnung: Damit die Jungen im Jahr 2030 nicht 11,8 % zahlen müssen, dürfen sie und die Älteren bereits ab dem Jahr 2006 – also ein knappes Vierteljahrhundert früher – mehr zahlen als die 11,8 % !

P R O T E S T

G E G E N D I E R E N T E N P L Ä N E
D E R S C H R Ö D E R - R E G I E R U N G !
A U C H D I E S E R E G I E R U N G B R A U C H T U N S E R E N D R U C K !

Allerdings soll die private Vorsorge für Pflichtversicherung steuerlich gefördert werden. Wenn diese Förderung dem einzelnen auch wenig helfen würde, so würde sie sich doch ab dem Jahr 2008 auf rund 20 Milliarden DM jährlich summieren. Der Staat könnte dieses Geld auch ganz einfach in die Rentenkasse geben. Statt dessen werden Steuermittel aufgewendet – um die Unternehmer aus der paritätischen Finanzierung zu entlassen. Sie haben es schließlich bitter nötig, wie der folgende in der Frankfurter Rundschau veröffentlichte Fakt zeigt:

Frankfurter Rundschau, 23. Oktober 2000:

„Der amtlichen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung des Jahres 1998 zufolge lösten rund 1000 Milliarden Mark Gewinne aus Vermögenseinkommen und Unternehmensbeteiligungen Steuern und Abgaben in Höhe von ganzen 40 Milliarden aus – während von 1600 Milliarden Mark Bruttolöhnen nach Besteuerung nur 1000 Milliarden übrig blieben.“

Bitter nötig haben es auch die Versicherungskonzerne und Banken, daß ihre Kriegskassen mit neuen Milliarden aufgefüllt werden. Ein Riesengeschäft ist da zu machen. Maßstab für Leistungen ist hier natürlich der Profit. Privatvorsorge kennt keinen Solidarausgleich für Zeiten der Arbeitslosigkeit und Krankheit, für Zeiten der Kindererziehung, für Erwerbsminderung, Invalidität usw. So haben die Versicherungs-

konzerne bereits erklärt, daß Frauen weniger Leistungen zu erwarten haben, weil sie länger leben als Männer.

Würde der jetzt gestartete Angriff auf die gesetzliche, paritätisch finanzierte Rentenversicherung Erfolg haben, wäre das nicht das Ende, sondern der Anfang vom Ende. Das Beispiel für andere Sozialversicherun-

Dieter Hundt, BDA-Präsident (Leipziger Volkszeitung, 11. September 2000):

„Für die Krankenversicherung ist, wie bei der Rente, eine Zweiteilung der Versorgung mein Ziel. Gesetzlich abgesichert wird nur noch die Basisversorgung, darüber hinaus gehend muss individuell versichert werden, wobei der Versicherungsnehmer die Kosten selbst zu tragen hat. So kann garantiert werden, dass die Krankenversicherungsbeiträge bei höchstens zwölf Prozent dauerhaft stabil bleiben ...“

gen wäre gegeben (siehe Herrn Hundts Ziel), und auch bei der Rentenversicherung würden sie wohl kaum bis 2030 Ruhe geben.

Aber: „Wir werden das machen. Basta“, sagte der Kanzler zu seinen Wählern auf dem ÖTV-Gewerkschaftstag. Wir erstarren nicht ob seines Machtwortes, sondern nehmen uns als Betroffene heraus, Widerstand zu leisten! Diese Renten„reform“ muß vom Tisch!

Vorschlag für heute: Ein Protest-Fax an die Bundesregierung!

Fax-Nr. Bundeskanzleramt 0 30/40 00-23 57

zur Kenntnis an IG Medien Bayern, Fax-Nr. 0 89/54 46 40-51

An die Bundesregierung

Ziehen Sie den Renten„reform“-Entwurf zurück!

Ich/wir schließe/n mich/uns den Forderungen des Gewerkschaftstags der IG Medien (September 2000) an:

- **Beibehaltung der paritätischen Finanzierung in der gesetzlichen Rentenversicherung!**
- **Absage an jede Art auch nur teilweiser Privatisierung der Altersvorsorge zu Lasten des Niveaus der gesetzlichen Rentenversicherung!**
- **Aufrechterhaltung eines Nettorentenniveaus von rund 68,5 % ab dem Jahre 2002!**
- **Einbeziehung aller Erwerbstätigen in die gesetzliche Rentenversicherung, also auch der Beamten und Selbständigen!**

Ort Datum Betrieb

Name/n ▼

Unterschrift/en ▼